

# Der Vollzugsdienst

2/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Zankapfel und Dauerbrenner:  
Problematik des  
Länderfinanzausgleichs**

Bayern und Hessen rufen das  
Bundesverfassungsgericht an

Seite 13

**Berlin will das  
Tarifergebnis nicht auf die  
Beamten übertragen**

Heftige Kritik an der Totalver-  
weigerung des Senates

Seite 25

**Frauen im Justizvollzug (JVA Halle):  
„Wir stehen unseren Mann!“  
Frauenanteil liegt bei 30 Prozent**

Weibliche Bedienstete im Männer-  
vollzug sind heutzutage Normalität

Seite 76

**Der BSBD – immer am Ball –  
hoch engagiert und gut sichtbar**



Hamburg Seite 34



Saarland Seite 68



Schleswig-Holstein Seite 79

**Fachteil: Urlaubsabgeltung für Beamte**

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 „Das Maß ist voll!“  
BSBD-Interview mit dem  
BSJ-Ehrenvorsitzenden  
Helmut Bettscheider
- 4 Petra Gerken-Wolf: „Das lange  
Warten hat sich gelohnt!“
- 5 Immer mehr Frauen entdecken  
dbb Gewerkschaften für sich


### LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 25 Berlin
- 29 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 37 Hessen
- 44 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 51 Nordrhein-Westfalen
- 65 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 71 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein

### FACHTEIL

- 83 Entscheidung des  
Bundesverwaltungsgerichts  
zur Urlaubsabgeltung  
für Beamte
- 89 Versorgung nach Teilzeit und  
Beurlaubung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
<b>Schriftleitung</b>	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Willi Köbke	willikobke@versanet.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

## Alles nur falsch verstanden II

Mit absoluten Unverständnis nimmt der BSBD Berlin die Haltung der Senatsverwaltung für Justiz zur Kenntnis, die keine flexible Personalbedarfsberechnung über das Jahr 2016 hinaus, als Grundlage für die Weiterbeschäftigung der Anwärter/innen und der sich zur Zeit im Angestelltenverhältnis befindlichen jungen Kolleginnen und Kollegen vorlegen will.



**Thomas Goiny,**  
Landesvorsitzender des BSBD Berlin.

„Die Personalabgänge bis zum Jahr 2020 sind absolut erschreckend. Wir verlieren bis zum Jahr 2016, 277 und bis zum Jahr 2020, weitere 389 Kolleginnen und Kollegen. Daher haben wir für die Rechenexperimente der Justizverwaltung kein Verständnis und fordern weiterhin die Übernahme aller derzeit sich in Ausbildung befindlichen Anwärter/innen sowie die Verbeamtung aller Tarifbeschäftigten nach Ablauf der Arbeitsverträge auf unbefristeten Stellen“, sagte der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, **Thomas Goiny**.

### Keine Haftplatzreserven mehr vorhanden

Pro Jahr erwartet das Land Berlin einen Zuzug von jährlich 30.000 bis 40.000 Menschen. Das bedeutet bis 2020 kommt noch einmal ein kompletter Bezirk dazu. Schon jetzt zeigt sich das es keinen Rückgang mehr bei der Zahl der Inhaftierten gibt.

Die Belegung der Haftanstalten liegt bei 93 bis 98 %. Aus Sicht des BSBD ist die Zahl der Haftplätze somit ausgeknautscht.

Es gibt schon jetzt keine Haftplatzreserven mehr und dieser Zustand wird sich auch durch die Eröffnung der neuen JVA Heidering nicht wirklich verändern, da viele Gebäude dringend renoviert werden müssen.

„Wir erwarten von **Justizsenator Thomas Heilmann**, eine klare Vorgabe an die Verwaltung, damit die jungen Kolleginnen und Kollegen, eine vernünftige Perspektive erhalten“, sagte Landesvorsitzender **Thomas Goiny** abschließend.

Gehaltsniveau reicht nur für 35-Stunden-Woche

## Berliner Senat will das Tarifergebnis nicht auf die Beamten übertragen

Senat verschärft die Zusammenarbeit mit den Beamtinnen und Beamten

Mit heftiger Kritik ist die Nachricht von der Totalverweigerung des Senates zur Übernahme des Tarifergebnisses auf die Berliner Beamten von der BSBD Berlin aufgenommen worden.

Die bisher vorgesehenen Schritte von jeweils zwei Prozent Gehaltserhöhung in den Jahren 2013 und 2014 lassen den Abstand zu den anderen Bundesländern noch weiter anwachsen. Die Art und Weise, wie hier mit den berechtigten Interessen der Beschäftigten im Justizvollzug umgegangen wird, ist unerträglich.

Der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, **Thomas Goiny**: „Nur wer 100 % Besoldung zahlt, kann auch 100 % Arbeitsleistung erwarten. Das jetzt gezahlte Besoldungsniveau ist nicht volle 40 Wochenstunden wert. Wenn der Senat unfähig ist, uns ordentlich zu bezahlen, dann muss eben die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden reduziert werden!“

Für den BSBD Berlin ist das Fass jetzt übergelaufen. Die Angehörigen des Berliner Justizvollzuges erwarten eine faire Behandlung. Niemand kann uns erklären, warum ein Kollege in der nächsten Großstadt 400 € mehr im Monat verdient. Bei vielen Justizvollzugsbeschäftigten macht sich das Gefühl breit, vom Senat hinters Licht geführt worden zu sein.

„Jetzt sind die Fraktionen im Abgeordnetenhaus aufgefordert den Senat zurück zupfeifen und in seine Schranken zu weisen. Wer nach dieser Gutsherrenart mit seinen Beamten so umgeht, hat den Bezug zu den Beamtinnen und Beamten völlig verloren“, sagte **Goiny**.



### Weitere Forderungen des BSBD Berlin:

- Einrichtung eines ständigen Ausschusses für den öffentlichen Dienst im Abgeordnetenhaus von Berlin.
- Dort sollten sich nach bayerischem Vorbild dann Fachleute um die Zukunft des öffentlichen Dienstes kümmern!
- Darüber hinaus fordert der BSBD Berlin eine klare Festlegung, wie mit dem Besoldungsnachteil gegenüber den anderen Bundesländern in den nächsten Jahren umgegangen wird.

„**Wowerit** hat uns den Mist eingebrockt“ mit diesen Worten hat sich der Landesvorsitzende des **dbb berlin**, **Jochim Jetschmann**, in einem Interview mit der *BERLINER MORGENPOST*, zur weiteren Entwicklung der Besoldung



Die Brandenburger Kollegen zeigen Präsenz.

Fotos (3): BSBD Berlin

und Versorgung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten geäußert. Die Forderungen des **dbb berlin**: Abbau des Besoldungsrückstandes und inhalts- und zeitgleiche Übernahme der linearen Entgeltsteigerungen nach der Tarifeinigung vom 9. März 2013!

Auch der **dbb** hat den bunten Flickenteppich kritisiert und der Politik vorgeworfen durch den „Besoldungsdeckel“ die Systematik der Bezahlung im öffentlichen Dienst zu zerstören zu wollen.

Gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Ausgabe vom 28. März 2013) hat der **dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt** das Auseinanderdriften der Beamtenbesoldung auf Landese-



**Bodo Pfalzgraf, LV DPoIG Berlin.**

bene erneut kritisiert. Die Tendenz, das sowohl der Zeitpunkt als auch die Höhe der Besoldungsanpassung und der Geltungsbereich von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt werde, sei durch nichts zu rechtfertigen. **Dauderstädt**: „Die Entwicklung gewinnt inzwischen offenkundig eine ganz neue Qualität.“ Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses im Länderbereich sei sachlich begründet und ein Gebot der Fairness.

Dass Tarifergebnisse verzögert auf die Besoldung übertragen würden, sei für die Beamten schon ärgerlich, kritisierte er. Nun entstehe aber überdies ein grundsätzliches Problem. „Wenn je nach landespolitischer Situation auch noch gesonderte und teils gestufte Besoldungsdeckel eingeführt werden, dann zerstört das über kurz oder lang die ganze Systematik einer nach Anforderungen und Erfahrung gestaffelten Bezahlung im öffentlichen Dienst“, warnte er. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der zu erwartenden Probleme bei der Nachwuchsgewinnung seien die von einigen Landesregierungen geplanten Sonderopfer der Beamten kontraproduktiv.

## BSBD warnt vor massivem Stellenabbau

Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten wird ernsthaft gefährdet!

**Der vom Berliner Senat bis 2016 beschlossene Personalabbau auf 100.000 sog. Vollzeitäquivalente im öffentlichen Dienst wird sich auch auf den Justizvollzug dramatisch auswirken. Nicht nur aus Sicht des BSBD Berlin ist die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten ernsthaft gefährdet. Bereits in den letzten Jahren haben auch die Anstaltsleiter immer wieder vor weiteren Personaleinsparungen und einem zusätzlichen Stellenabbau gewarnt. In den Anstalten sollen nun bis Ende 2016 noch einmal 205 Vollzeitstellen eingespart werden. Das betrifft alle Berufsgruppen.**

Wie in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses im Abgeordnetenhaus bekannt wurde, hat die Senatsverwaltung für Justiz für die Justizvollzugsanstalten bisher keine Personalbedarfsberechnung vorgenommen und auch keinen realistischen Personalschlüssel (Zahl der Beschäftigten pro Inhaftierte) in den einzelnen Berufsgruppen entwickelt.

Die Vertreter/innen des Gesamtpersonalrates der Berliner Justiz waren als Sachverständige geladen und bestätigten zusätzlich die dramatischen Personalabgänge, die der **BSBD** Berlin bereits seit langer Zeit kritisiert.

Zwar wurden in den letzten Jahren Lehrgänge ausgebildet und übernommen, allerdings waren die zum größten Teil für die neue JVA Heidering vorgesehen. Nach der Vereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Finanzen und der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz muss die Anstalt (218 Bedienstete), nun komplett aus dem vorhandenen Personalbestand besetzt werden.

### Kein Rückgang der Gefangenenzahlen festzustellen

Bis zum Jahr 2020 werden von den ca. 2700 Beschäftigten im Justizvollzug, 660 regulär in den Ruhestand gehen. Von diesen Abgängen sind alle Berufsgruppen betroffen.

Gleichzeitig kann der **BSBD** keinen Rückgang der Gefangenenzahlen feststellen. Die Anstalten sind derzeit zwischen 93 und 98 % ausgelastet. Das ist eine volle Auslastung, weil kein Platz für notwendige Trennungen von Inhaftierten mehr möglich ist. Das umfasst auch die

Anstalt des offenen Vollzuges, die bereits jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen ist. Die absolute Überbelegung, bei mehr als 5000 Inhaftierten vor ca. fünf Jahren, war kein Maßstab und hat die Anstalten an den Rand des Kollaps gebracht.

### Jährlicher Einwohnerzuwachs von 50.000 Menschen erwartet

Nach Informationen des **BSBD** wird die JVA Tegel einen zweimonatigen Aufnahmestopp verhängen. Der bereits geschlossene Standort der JVA Plötzensee (Lehrter Straße) wurde nun wieder eröffnet, um dem Belegungsdruck her zu werden. Der **BSBD** befürchtet, dass durch die notwendigen Baumaßnahmen der Druck, auch nach der Eröffnung der JVA Heidering im April, nicht abnimmt. Sollte die Zahl der Inhaftierten wieder deutlich steigen, steht der Berliner Justizvollzug vor der Überbelegung. Bei einem jährlichen Einwohnerzuwachs von bis zu 50.000 Menschen in Berlin wohl nur eine Frage der Zeit.

Dass der Senat ernsthaft einen weiteren Personalabbau (auch inzwischen gegen den Widerstand der Behördenleiter) durchsetzen will, ist für den **BSBD Berlin** anhand dieser Fakten nicht nachvollziehbar und macht die Politik unglaubwürdig.

Nachdem die **SPD-Fraktion** auf ihrer Klausurtagung erst Möglichkeiten eröffnet hat, aus dem Einsparilemma heraus zukommen, muss sich jetzt die **CDU** bewegen. **Der BSBD fordert den Senat auf, will er Schaden von der Zukunftsfähigkeit der Stadt abwehren, von der Einsparvorgabe endlich abzurücken!**

### Entwicklung Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst (VZÄ)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
VZÄ gesamt	105 130	104 200	103 000	101 600	100 000	100 000	100 000	100 000
aus Altersgründen Ausscheidende	3 130	3 250	3 480	3 780	3 850	4 010	4 100	4 250
Einstellungen	2 200	2 050	2 080	2 180	3 850	4 010	4 100	4 250

**Einstellungen ohne Berücksichtigung des Handlungsfelds für eine mögliche Verstärkung der Einstellungspolitik. Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen.**

# Informationsaustausch mit der Berliner CDU-Fraktion

Der Justizvollzug ist ein wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit



**Personalräte: Thomas Bestmann (JSA), Frank Husemann (JVA Frauen), Reiner Koal (JVA Tegel), Uwe Nöldner (JVA Moabit), Hans-Jürgen Jecke (JAA). Im Bild rechts: Die CDU-Gesprächspartner.**

Fotos (2): BSBD Berlin

Auf Einladung der **CDU Fraktion** im Abgeordnetenhaus, haben sich die Personalräte im Justizvollzug am 11. März 2013, mit dem Fraktionsvorsitzenden **Florian Graf**, der Vorsitzenden des Rechtsausschusses, **Cornelia Seibeld** sowie dem Sprecher für den Justizvollzug

**Sven Rissmann** getroffen und sich über die aktuellen Situation im Berliner Justizvollzug ausgetauscht.

Dabei legt der Fraktionsvorsitzende Wert darauf, dass der Justizvollzug ein wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit der Stadt darstellt und die bisher

beschlossenen Personaleinsparungen im Bereich des Justizvollzuges mehr als kritisch betrachtet.

**Florian Graf** sieht nicht, wie das Personal in der Größenordnung eingespart werden könnte, ohne die Sicherheit zu gefährden.

## Feierliche Eröffnung der JVA Heidering ohne Personalräte!

Mindestens 50 Arbeitsplätze sind den Einsparungen zum Opfer gefallen

**Im Rahmen einer großen feierlichen Eröffnung wurde die Schlüsselübergabe für die JVA Heidering vollzogen. Mit großer Enttäuschung muss der BSBD Berlin zur Kenntnis nehmen, dass neben den hunderten Gästen, die Personalräte der Berliner Justizvollzugsanstalten nicht eingeladen wurden.**

Das ist deshalb bedauerlich, weil die Personalräte maßgeblich, seit der Tagung im Frühjahr 2012 am Seddiner See, dazu beigetragen haben, dass ein Verfahren gefunden wurde, um im laufenden Haushaltsjahr, u. a. die notwendigen Beschäftigten für die JVA Heidering zu versetzen.

Die neue Haftanstalt Heidering wird hoffentlich die alten Anstalten so entlasten, dass die notwendigen baulichen und organisatorischen Veränderungen vor Ort endlich vorgenommen werden können. Entgegen der bisherigen Meinung, wird sich die Zahl der Inhaftierten in den nächsten Jahren nicht wirklich reduzieren. Die Berliner Haftanstalten sind ständig zwischen 93 und 98 % belegt. Für den **BSBD** ist deshalb wichtig, dass

bei aller Freude und Euphorie über den Neubau, die anderen Justizvollzugsanstalten mit ihren Problemen nicht vergessen werden.

Das gilt auch für die örtlichen Personalräte, auf deren Schultern ein großer Teil der Last im täglichen Umgang mit den Beschäftigten fällt.

Auch die JVA Heidering wird der Alltag schnell einholen und man wird feststellen, dass der Personalbedarf nicht



Justizsenator Thomas Heilmann.

Foto: BSBD-Berlin

ausreicht. Es werden mindestens 50 Beschäftigte fehlen, die den Einsparungen zum Opfer gefallen sind.

### Der Schwung nach dem Amtsantritt ist verpufft

Gleichzeitig fehlen die Beamtinnen und Beamten in den Altanstalten, weil wieder mal eine Vollzugseinrichtung aus dem bisherigen Personalbestand erschaffen wurde, wie schon beim Justizvollzugskrankenhaus, der Zentralen IT-Stelle und dem Mietermanagement an Vollzugsanstalten.

„Wir müssen feststellen, dass der Schwung, den der Justizsenator mit seinem Amtsantritt in den Justizvollzug gebracht hat, inzwischen verpufft ist. Wir hätten uns gewünscht, dass von Seiten der Hausspitze den Sorgen und Problemen des Justizvollzuges mehr Interesse entgegen gebracht wird“ sagte der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin, Thomas Goiny**.

**Wir fordern den Justizsenator auf, endlich mit den Personalräten im Justizvollzug ins Gespräch zu kommen und sich die wirklichen Sorgen und Nöte anzuhören.**

**WER UNS  
QUÄLT  
WIRD NICHT  
GEWÄHLT!**

**„Wer uns quält,  
wird nicht gewählt!“**

Öffentlicher Dienst bringt es auf über 200.000 Wähler

Mit Unverständnis hat der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, die Äußerung des Finanzsenator, Ulrich Nussbaum, in der Presse zur Kenntnis genommen, die Besoldung in Berlin nicht anpassen zu wollen. „Die Beamtinnen und Beamten nicht am Ergebnis der Tarifverhandlungen teilhaben zu lassen, ist weder fair noch gerecht. Wer früher aus der Tarifgemeinschaft der Länder rausgeflogen ist, weil er gleichen Lohn für gleiche Arbeit gefordert hat, muss sich nun fragen lassen, was die Beamten und Beamtinnen getan haben, jetzt so behandelt zu werden“.

Die mit den Fachgewerkschaften gkl berlin und der DPoIG Berlin abgestimmte Postkartenaktion soll die Politiker an ihre Verantwortung gegenüber den Beamtinnen und Beamten und ihren Angehörigen im Justizvollzug erinnern.

Der BSBD Berlin geht davon aus, dass sich sehr viele Beamtinnen und Beamte an dieser Aktion beteiligen und die Postkarten direkt an die beiden Parteien schicken werden.

„Die Beamtinnen und Beamten wollen sich von den verantwortlichen Politikern nicht mehr länger an der Nase herumführen lassen. Ihre Arbeit ist mehr wert und muss an die Besoldung der anderen Bundesländer endlich angepasst werden.

Wir fordern ein Besoldungsgesetz, dass die Perspektive bis 2017 eindeutig in diesem Sinne regelt und uns auch an den Tarifentwicklungen teilhaben lässt!“, so Goiny weiter.

Die Postkartenaktion wird flächendeckend an die Beschäftigten in den Berliner Justizvollzugsanstalten verteilt.

Die Forderung wurde an die Landesvorsitzenden von SPD und CDU gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

„Ihre Partei ist in Regierungsverantwortung und verweigert den Berliner Landesbeamten eine Besoldungsperspektive, die den enormen Unterschied zu den anderen Bundesländern ausgleicht. Ich fühle mich verraten und missbraucht! Ich beteilige mich daher an der Aktion des BSBD Berlin „Wer uns quält, wird nicht gewählt!“ Ich möchte keine Sonntagsreden mehr hören, sondern faires Gehalt bekommen.

**Der öffentliche Dienst bringt es unter Einbeziehung der Familienangehörigen etc. auf über 200.000 Wähler, die jetzt klare Handlungen erwarten.“**

1) Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied



## 0, Euro<sup>1)</sup> Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst und ist mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### 0,- Euro Bezügekonto<sup>1)</sup>

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

### + Günstiger Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge
- Abruf ganz nach Ihrem Bedarf

### + 0,- Euro Depot

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag



**BB** Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

### Ihre Ansprechpartnerin

Silke Fischer, Mobile Kundenberaterin Öffentlicher Dienst  
Telefon 030/9 78 63 00 33, Mobil 01 72/6 79 74 72  
E-Mail silke.fischer@bbbank.de